

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich zweimal, 5 Uhr bis den folgenden Tag. Beigabezeit: Bei Abholung in der Zeitungsstube an der Kanzleistraße 2 Wk., im Blauen, bei Buchdruckerei 2 Wk., nach Bezahlung durch die Post 2½ Wk., bei Buchdruckerei 3 Wk. Alle gebundenen **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** werden nach jedem Monat zu einer Zeit abgegeben, die von Jahr zu Jahr variiert. Die Kosten der Bezahlung sind auf dem Titel des Wochenschriften angegeben. Im Jahre 1925 kostet das "Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend" 10 Pfennige. — Rücksendung eingangs der Schriftsteller erfolgt nur, wenn Kosten bestellt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamtss Tharandt, Finanzamt Riesa.

Nr. 291. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: "Amtsblatt"

Wilsdruff-Dresden

Postleitz: Dresden 2640

Mittwoch 16. Dezember 1925

Berzweiflung in Frankreich.

Das Ende der vergangenen Woche der französische Frank einen neuen Sturz erlebt, hat den Franzosen einen gewaltigen Schaden eingesetzt; mußte doch das englische Pfund nicht mehr mit 124 Frank, sondern mit 133 bezahlt werden, das ist im Verhältnis zum Paristande fast das Doppelte. Die Gründe liegen trotz aktiver Handelsbilanz Frankreichs auf der Hand: es ist nichts weiter als das Ansteigen der Zahlungsmittel, dem ein Steigen des Produktes nicht entspricht. Das ist der währungstechnische Grund. Bei jeder Inflation spielen aber auch psychologische Gründe eine große Rolle, und diese sind gegeben durch die andere einfache Tatsache, daß weder Senat noch Deputiertenkammer in Paris sich zu irgendeiner jener Maßnahmen entschließen können, die immer wieder angedeutet, geprägt, gelobt, gefeiert, aber nie Wirklichkeit werden. Steuern sind tatsächlich schon in zahlreichen Massen angehoben, aber nie hat man sich bisher entschließen können, irgendeinen von ihnen anzunehmen. Außerdem ist in der vergangenen Woche die Umlaufshöhe des Frank durch Reindruck von Noten um Milliarden vermehrt worden, weil kurzfristige Anteile im Betrage von 200 Milliarden fällig waren, Bedingung dafür nicht vorhanden war und infolgedessen diese durch die Notenpräzess bergesetzt werden mußte.

Der Schred, den diese neueste Entwicklung verursacht, äußert sich nun in einem besonders eigenartigen Vorschlag, der eigentlich nur eine Parallele in der Kriegszeit aufzuweisen hat. Das ist die Anregung des "Matin", ein Wahlkreisratkomitee mit weitgehenden Vollmachten, aber auch mit voller Verantwortung, zu ernennen. Innenpolitisch ist die Lage in Frankreich so verwirrt wie nie möglich: die Linke ist in sich gespalten, weil das Kriegsrecht zerfallen ist. Die Sozialisten machen nämlich nicht mehr mit; sie wollen höchstens ein Kabinett Herr von der Tschetow, während ihnen Paul Léon v. außerordentlich sympathisch ist. Noch unsympathischer ist ihnen freilich der Nachfolger Caillaux im Finanzministerium, Loucheur, gegen den aber auch von rechts her angestürzt wird, obwohl er ausgesprochen der Vertreter der französischen Schwerindustrie ist. Auch in Frankreich werden drängende Wünsche laut, die wir in ähnlicher Lage auch in Deutschland erlebt haben und die bei uns erst zum Teil erfüllt sind, nämlich nicht so sehr eine Vermehrung der Steuern sei das Notwendige, sondern eine Einschränkung der Staatsausgaben nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite hin. Es gäbe in Frankreich nicht nur zwei Regierende, es werde auch zwiefach regiert, heißt es. Natürlich sieht man immer wieder nach Deutschland darüber und prüft auch daran die Möglichkeit, ob nicht in Frankreich Voraussetzungen für eine ähnliche Währungsstabilisierung gegeben sind. Man vermag auch nicht einzusehen, warum Frankreich diesen Weg nicht gehen soll! Natürlich nicht mit den primitiven Mitteln, die Caillaux anwandte, indem er nämlich an den guten Willen appellierte. Ohne staatlichen Zwang wird man nichts erreichen, besonders, da die Widerstände gegen die Währungsstabilisierung namentlich bei den Banken und der Industrie ganz offene und sehr starke sind. Bezeichnenderweise haben z. B. sämtliche der Handelskammer von Nième angeschlossenen industriellen Bankiers und Kaufleute zum Protest gegen die Sanierungspläne einen gemeinsamen Proteststreit arrangiert.

Wie zugespielt die Lage in Frankreich doch ist, das ergibt sich nicht nur aus den Berzweiflungsversuchen nach einem Reiter, die sich beliebig vermehren ließen, sondern auch darin, daß man von Putschplänen nur spricht. Freilich weniger in dem Sinne, wie Painlevé bei seinem Sturz andeutete, als er sich als Opfer der vorherrschenden Inflation hinstellte und gegen deren Pläne er zur Wachsamkeit mahnte. Eher schildert man anscheinend eine Revolution von links her, über die sich der Führer der französischen Sozialisten, Renaudel, in sehr befjörigen Worten äußerte. Fest steht jedenfalls das eine: der am 10. Mai vergangenen Jahres zur Herrschaft gekommene Block der Linken hat große außenpolitische Erfolge erzielt, sie Londoner Abmachungen, Locarno, Sieg im Nièvre, denen freilich der französische Auffall gegenübersteht. Aber innenpolitisch hat der Linksblock ebenso auf steuerpolitischem wie währungspolitischem Gebiet in deutlich großem Ausmaße versagt; der Frank ist in der Zeit, da der Linksblock an der Regierung ist, weit hintergekommen, als man das noch vor 1½ Jahren für möglich hielt.

Deutscher Reichstag.

(125. Sitzung.) CB. Berlin, 14. Dezember.
Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Abg. Hohenbach (Btr.) dem Präsidenten des Reichstages, Paul Löbe, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, unter allseitiger Zustimmung im Namen des Reichstages die herzlichsten Glückwünsche aus. Präsident Löbe, dessen Platz durch großes Blumenarrangement geschmückt war, dankte für diese Ehrengabe. Das Haus trat dann in die Beratung der Anträge

Befoldungsaufbesserung der Reichsbeamten
ein. Damit wird auf Antrag des Abg. Böck (Bölk) die Vo-

Das Locarnowerk beim Völkerbund.

Feierlicher Übergabekl.

Der englische Außenminister Chamberlain übergab dem Völkerbund in feierlicher Form die in London unterzeichneten Originale des Vertragsvertrages von Locarno, nämlich den Westwall, die beiden Schiedsverträge zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Belgien, die beiden Schiedsverträge Deutschlands mit der Tschechoslowakei bzw. Polen und das Schlusprotokoll. Die Ratifizierungsakten sollten später beim Generalsekretariat des Völkerbundes deponiert werden. Die Handlung wurde durch urhebliche Aussprachen Chamberlains und Paul Boncours besiegelt, der seinerzeit die beiden zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bzw. Polen in London unterzeichneten Verträge dem Präsidenten Sclesien übergab, wie er hinzufügte, eine Ergänzung des Vertragsvertrages von Locarno darstellen. Viele Redner wiesen auf die Bedeutung dieser Stunde hin, mit der sie an dem Vertragswerk beteiligten Nationen durch Deposition der Verträge beluden, welchen hohen Wert sie dem Völkerbund beimesse. Chamberlain betonte, daß damit die interessierten Staaten in eine neue Phase ihrer Beziehungen eintreten und durch ihre gegenseitige Garantie des Friedens untereinander den Frieden weiter festigen. Mit Genehmigung sehe er den Zeitpunkt nahe, an dem auch Deutschland sich dem Völkerbund anschließen werde.

Paul Boncour verlas ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Briand, in dem dieser erklärte, daß Frankreich stolz sei, seine Unterschrift unter die Verträge gestellt zu haben. Er sehe in der wachsenden Autorität des Völkerbundes die beste Garantie gegen den Krieg und hoffe, Deutschland bald im Völkerbund zu ziehen. Paul Boncour dankte Briand für seine Verdienste um das Zusammenschließen des Vertragsvertrages von Locarno, das, wie er hinzufügte, die Anwendung der Grundsätze und Bestimmungen des Völkerbundepaktes bedeute.

Frankreichs Krise.

Erneute Ablehnung der Finanzpläne Loucheurs.

Paris, 15. Dezember. Die Aussprache in der Finanzkommission bezog sich auf die Ausgleichung des Budgets und des vorhandenen Defizits. Gleich bei Beginn der Sitzung zeigte sich, daß die Sozialisten eine sofortige Entscheidung herbeizuführen wollten. Vincent Auriol stellte die versöhnliche Frage, ob die acht

Vereinigung des Antrages auf Vorlegung einer Ventilatoren über die Mindestlohnabschläge verbunden. Der Haushaltshaushalt erfuhr in seinem Antrag die Regierung, die allein einen Steuerungszuschlag für die Beamten der Gruppen I—IV von 12½ % auf 20 % zu erhöhen.

Vorschläge der Regierung.

Reichskanzler Dr. Luther erklärte, die Regierung teile den Wunsch, den Beamten zu helfen. Sie könne aber in ihren Eigenschaft als geschäftsführende Regierung nicht dem Antrag des Haushaltshaushalt zustimmen, weil darin der künftigen Regierung vorgegriffen werde, durch die Einführung einer laufenden Zuschlags zum Grundgehalt.

Dagegen bitte die Regierung um Annahme des von den Bayerischen Volkspartei eingebrochenen Antrages, der da lautet: Als einmalige Notmaßnahme wird noch vor der Weihnachten geplant: den Beamten, Wartegeld- und Aufenthaltsentschädigungen Beamtenunterhalben und Angehörigen der Gruppen I—IV eine Zuwendung in Höhe von ½ des ihnen für Dezember 1924 zustehenden Monatsbezuges, den Beamten usw. der Gruppe I und VI eine solche in Höhe von ¼ des Monatsbezugs, mindestens aber den Bedingen 30 M., den Empfängern eines Frauenzuschlags 35 M. statt 30 M. den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbelohnungen für jedes Kind, für das von Dezember 1924 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderhilfe gezahlt wurde, außerdem 5 M., den Soldaten insgesamt 10 M., den Kriegsbeschädigten und Kriegsunterhalben ¼ der ihnen für Dezember 1924 zustehenden Bedinge.

Der Reichskanzler erklärte weiter, dieser Antrag bringt in den dringenden Notfällen schnellere und wirksamere Hilfe als der Antrag des Haushaltshaushalt.

Abg. Bender (Soz.) forderte die Notlage der Beamten und bedauerte, daß die bürgerlichen Parteien nicht im Frühjahr den sozialdemokratischen Anträgen auf Neuregelung der Befoldung zugestimmt hätten. Der Redner bezeichnete den Antrag des Haushaltshaushalt für unzureichend. Da aber an Vertrauen darauf vorzuhasten und Darlehen aufgenommen reichen sei, werde die Sozialdemokratie diesem Antrag zu stimmen.

Abg. Bäverenz (Dm.) wies auf die vielen Regelungserschließungen hin, in denen der Wille bestanden wurde, der Notlage der Beamten abzuhelfen. Die Beamtenchaft habe das als bindende Zugabe aufgesetzt. Viele Beamte hätten im ersten Rückzahlung ihnen nur die größte Sorge mache. Der Redner forderte dann, daß auch den Befoldungsgruppen über VI hinaus die einmalige Beihilfe zulommt. Der Redner findet es schließlich ausschließend, daß erst nach der Pensionierung eines deutschnationalen Ministers eine Revision der Pensionsbestimmungen von der Linken verlangt werde.

Abg. Morath (D. Sp.) meinte, für die Parteien der Ein-

von Loucheur vorgeschlagenen Steuern nicht auf sieben reduziert werden könnten, worauf der Berichterstatter zugab, daß eine solche Reduzierung möglich sei. Ein großer Teil der Anwesenden gab darauf sein Erstaunen Ausdruck, daß anstatt sieben Milliarden acht Milliarden vom Finanzministerium gefordert worden seien. Renaudel stellte daran, die allgemeine Misstrauensmehrheit ausnehmend, den Antrag, die Vorschläge der Regierung zurückzuweisen. Der Antrag wurde mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen. Nur das Projekt, das die Besteuerung wegen Steuerhinterziehung behandelt, wurde angenommen. Das Abstimmungsergebnis bedeutet ein Misstrauensvotum gegen den Finanzminister, da es einer Verurteilung der Steuern gleichkommt.

Paris, 15. Dezember. Eine neue Ratsversammlung wird auf Grund des heutigen Abstimmungsergebnisses mit Bestimmtheit für Ende der Woche vorausgesetzt.

Die Ausführung des Dawes-Gutachtens.

Ein Bericht des Reparationsagenten.

In seinem Bericht über die Ausführung des Dawes-Gutachtens vom 1. September 1924 bis 31. August 1925 den der Generalagent für Reparationszahlungen der Reparationskommission erstattete, kommt Walter Gilbert zu optimistischen Schlussfolgerungen. Die beiden Ziele des Dawes-Plans: Ausgleichung des Budgets und Stabilisierung der Währung, seien in vollem Umfang erreicht worden.

Das Budget von 1925 sei mehr als ausgeglichen und die Stabilisierung des Geldes sei dauernd gesichert. Da deutsche Industrien sei es nunmehr möglich geworden Kalkulationen aufzustellen, ohne die Versicherung beginnen zu müssen, daß diese am darauffolgenden Tage wieder umgeworfen würden. Die Produktionsfähigkeit des Landes habe zugenommen und überschreite sogar auf manchen Gebieten den vor dem Kriege erreichten Durchschnitt.

Der Aufwertungsverzicht.

Berlin. Häufig wird in Fällen, in denen die Bevölkerung sich über die Auswertung einigen, auf die vorgeschriebene Anmeldung verzichtet. Wie der Amtliche Preissach-Bericht mitteilt, besteht in solchen Fällen, jedenfalls da wo Nachbereitung vorhanden sind, für den Aufwertungsbericht die Gefahr, durch das Unterlassen der Anmeldung Rechtsnachteile zu erleiden oder doch in Rechtsstreitigkeiten verwickelt zu werden. Der Aufzählmuster empfiehlt die Anmeldung rechtzeitig, d. h. bis zum 1. Januar 1926, nachzuholen.

ten vore das soziale Empfinden bei den Befoldungsgruppen auf, die sie nicht mehr zu ihrer Anhängerchaft rechnen. Die Beamten erinnerten sich aber, daß der sozialdemokratische Kanzler Bauer einmal den Empfang einer Beamtenempfehlung abgelehnt hätte, die ihm ihre Notlage schildern wollte. (Hört, hört, rechts.) Mit tabularen Anträgen, die von Regierung und Reichsrat nicht durchgeführt werden, sei den Beamten nicht gedient. Der Redner verlangte dann wie der Vorredner die Ausdehnung der Untersuchung auch auf die Beamten oberhalb der Gruppe VI.

Rath dem Abg. Erling (Btr.) bringt den Antrag des Haushaltshaushalt des Beamten zwar keine ausreichende Hilfe, aber er verlautet wenigstens dem dringenden Notfälle abzuhelfen. Wenn die geschäftsführende Regierung so meinte der Redner, nicht in jolcher Weise einer späteren endgültigen Regelung vorgefreilegt, so sei das verständlich. Hier aber handele es sich um eine Notstandsaktion, wofür die Parteien des Reichstages die Verantwortung übernehmen könnten.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt nochmals den Antrag des Haushaltshaushalt für unannehmbar.

Abg. Torgler (Komm.) macht den bürgerlichen Parteien den Vorwurf, sie hätten den Beamten bei den Wahlen goldene Berge versprochen, um jetzt alles zu vergessen. Die unteren Beamten seien org verschuldet und in schlimmster Notlage. Daraus erkläre sich auch die große Zahl der Selbstmorde in diesen Kreisen.

Ausbau der amerikanischen Marine.

Der Jahresbericht des amerikanischen Marinesekretärs

Aus dem dem Präsidenten Coolidge überreichten Jahresbericht des amerikanischen Marinesekretärs Curtis D. Wilbur geht hervor, daß die Mannschaftsstärke, deren Höchstzahl auf 86 000 festgesetzt ist, aus Sparmaßnahmen auf etwa 82 000 vermindert wurde. Die Zahl der Offiziere beträgt 4945 gegenüber einer zulässigen Höchstzahl von 5499. Der Bericht enthält ein neues Bauprogramm, weist jedoch darauf hin, daß die Brauchbarkeit fast aller Schiffe durch entsprechende Aufwendungen bedeutend gesteigert werden könnte.

Derartige technische Verbesserungen, für deren Gesamtkosten 40 Millionen Dollar erforderlich wären, werden näher beschrieben mit dem Bemerkern, daß ihre Ausführung nach Bereitstellung der Mittel erfolgen soll. Eine Reihe von im Bau befindlichen Schiffen soll als Flugzeugmutterverschiff ausgebaut werden. Mehrere Unterseeboote sind im Bau begriffen und sollen spätestens im